

# Denkschrift

## der Jungreformatrischen Bewegung über ihre Stellung zur Reichsbischofsfrage.

### I. Die Vorgeschichte.

Zu einer sachgemäßen Beurteilung der durch die Bestimmung D. Friedrich von Bodelschwingh zum Reichsbischof gekennzeichneten kirchenpolitischen Lage ist es notwendig, die Voraussetzungen aufzudecken, durch die die heutige Situation geschaffen ist und von denen aus sie zutiefst allein verstanden werden kann. Der Beginn des Kirchenkonfliktes ist nicht in der Bestimmung des neuen Reichsbischofs zu sehen, sondern in dem radikalen Angriff der Glaubensbewegung der „Deutschen Christen“, wie er zum erstenmal unverhüllt und vor aller Öffentlichkeit auf der Reichstagung der Deutschen Christen in Berlin am 3. April 1933 in Erscheinung trat. Diese Reichstagung der Deutschen Christen hat zweifellos das Verdienst, den stärksten Impuls zu einer gründlichen Neugestaltung der deutschen evangelischen Kirchen bzw. des Kirchenbundes gegeben zu haben. Eine große Anzahl der Forderungen der Deutschen Christen schien durchaus berechtigt und hat weiteste Zustimmung gefunden. Prinzipiell aber war durch jenen ersten großen Vorstoß der Deutschen Christen, dessen politische Hintergründe durch die Begrüßungsrede des Fraktionsvorsitzenden der NSDAP. im Preussischen Landtag und Oberpräsidenten der Mark Brandenburg Rube offenkundig hervortrat, die Frage gestellt, ob die Erneuerung der Kirche eigenständig durch ihre verantwortlichen Instanzen und aus ihrem innersten Wesen heraus vollzogen werden soll, oder ob sie im Zuge der allgemeinen politischen Gleichschaltung unter dem Druck politischer Machtfaktoren, als deren Exponenten die Deutschen Christen erschienen, durchgeführt werden sollte. Wer Anfang April den Ernst der kirchenpolitischen Lage noch nicht erkannt hatte, dem wurden am 22. April durch die Ernennung des Staatskommissars für die Landeskirche Mecklenburg-Schwerin die Augen geöffnet. Erneut wurde die Frage nach der Freiheit der evangelischen Kirche, wie sie die Erklärungen des Reichskanzlers proklamierten, aufgeworfen. Die darauf folgende sofortige Übertragung der Vollmachten des Kirchausschusses und Kirchenbundesrats an Dr. Kapler waren das Gebot der Stunde. Durch diesen Schritt hatte die verantwortliche Kirchenleitung auf legalem Wege die Kirchenreform in die Hand genommen, während der Staat seinerseits durch Bestellung von Wehrkreispfarrer Müller als Vertrauensmann des Kanzlers diesen Akt des Kirchenbundes anerkannte und durch die Beteiligung des Wehrkreispfarrers Müller an den Beratungen des Dreimänner-Kollegiums dieses Vorgehen der Kirche bestätigte.

Die durch die Ernennung des Dreimänner-Kollegiums herbeigeführte kirchenpolitische Beruhigung war nicht von langer Dauer. Die in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt gewordene Tätigkeit des Dreimänner-Kollegiums führte je länger je mehr zu einer wachsenden Enttäuschung über den anscheinend

unzulänglichen Reformwillen der verantwortlichen Kirchenführung. Zum deutlichen Ausdruck kam diese erneute Zuspitzung der kirchenpolitischen Lage am 5. Mai durch die Veröffentlichung der ersten Richtlinien der Deutschen Christen in der Presse, die in einer Sitzung am gleichen Tage dem Dreimänner-Kollegium als Verhandlungsgegenstand vorgelegt wurden. Diese Richtlinien riefen bei der bevollmächtigten Kirchenleitung in Berlin eine gewisse Beunruhigung hervor, da sie eindeutig erkennen ließen, daß die Deutschen Christen die Führung der neuen Reichskirche zu übernehmen wünschten. Nach einer Aussage von D. Weichert hatte sich schon seit Mitte April die Reichsleitung der Deutschen Christen inoffiziell auf die Person des Wehrkreispfarrers Müller als Reichsbischof festgelegt. Durch diese ersten Richtlinien der Deutschen Christen war in aller Schärfe wiederum ein Angriff auf die Kirche erfolgt und zum zweitenmal die Frage, durch welche Faktoren die Erneuerung der Kirche herbeigeführt werden sollte, zur Diskussion gestellt.

## 2. Der Einsatz der Jungreformatorischen Bewegung.

Am 9. Mai erfolgte die Konstituierung der J. B. durch Bekanntgabe ihres „Aufrufes zur Sammlung“. Die Gründe, die zu dem Hervortreten der J. B. führten, waren folgende: Einmal mußte es als der eigentlichen kirchlichen Lage nicht entsprechend empfunden werden, wenn von seiten der Deutschen Christen der Anspruch erhoben wurde, allein als Vertreter des Kirchenvolkes aufzutreten und allein eine kirchliche Erneuerungsbewegung zu sein. Demgegenüber kam es darauf an, gerade die theologischen und missionarischen Kräfte, die schon seit Jahren bewußt aus dem Evangelium und der reformatorischen Neubeginnung heraus die Arbeit an dem Neubau einer lebendigen Gemeinde in Angriff genommen haben, zusammenzufassen und für die kirchenpolitische Aufgabe der Gegenwart zum Einsatz zu bringen. Sodann mußte es auch im Interesse des Dreimänner-Kollegiums liegen, als Gegengewicht zu der Bewegung der Deutschen Christen noch mit einer anderen kirchlichen Bewegung zu verhandeln, die nicht weniger als die Deutschen Christen eine Kirchenreform wünschte, aber diese Kirchenreform von rein kirchlichen Gesichtspunkten aus getrieben wissen wollte. So wurde das Hervortreten der J. B. zunächst als eine Unterstützungsaktion für die Arbeit des Dreimänner-Kollegiums einschließlich des Wehrkreispfarrers Müller verstanden.

Die Stellung der J. B. zu den Deutschen Christen war durch folgendes bestimmt: Die J. B. wußte sich mit den Deutschen Christen eins in dem radikalen Reformwillen; sie unterschied sich von ihnen durch die Ablehnung aller politischen Gesichtspunkte. Die J. B. stand in schroffer Ablehnung den ersten Richtlinien der Deutschen Christen (Hossensfelder) gegenüber, während sie sich mit den Leitsätzen des ostpreussischen Flügels (Richtung Müller) weitgehend identifizieren konnte. Es lag darum auch im Interesse der J. B., noch vor ihrem Heraustreten an die Öffentlichkeit in direkte Fühlung mit dem gemäßigten Flügel der Deutschen Christen zu treten. Eine Unterredung am 10. Mai mit Pfarrer Schirmacher, dem Adjutanten des Wehrkreispfarrers Müller, ergab, daß die Entstehung der J. B. als Unterstützung der Linie Müller in den Reihen der Deutschen Christen von Pfarrer Schirmacher begrüßt wurde. Eine von der Leitung der J. B. am 15. Mai telegraphisch nachgesuchte Unterredung mit Wehrkreispfarrer Müller konnte wegen seiner Abwesenheit von Berlin nicht zustandekommen. Dafür wurde wieder Pfarrer Schirmacher am 15. Mai über die Aufgaben und Ziele der J. B. orientiert. Weiterhin wurden in Unterredungen am 11. und 16. Mai namhafte Kirchenführer außerpreussischer luther-

rischer Landeskirchen über die F. B. in Kenntnis gesetzt, die ihrerseits den Zielen der F. B. ihre volle Zustimmung gaben.

Eine besondere Bedeutung hatte von vornherein für die F. B. die Reichsbischofs-Frage. Die am 9. Mai zuerst veröffentlichten Leitsätze fordern demgemäß unter Punkt 3: „Die Ernennung des Reichsbischofs hat umgehend, und zwar durch das bestehende Direktorium zu erfolgen.“ Die Forderung nach sofortiger Ernennung des Reichsbischofs wurde vielfach im Lande nicht verstanden und war in der Tat nur aus der Berliner Situation, die aber für den Gang der Verhandlungen entscheidend war, zu verstehen. Da es spätestens seit Anfang Mai für jeden, dem die Tendenzen der Deutschen Christen bekannt waren, erst recht nach Veröffentlichung der Hossenfelderschen Thesen, feststand, daß an der Lösung der Reichsbischofs-Frage es sich zunächst entscheiden mußte, ob die Kirche Mut und Kraft hatte, aus ihrem evangelischen Auftrag und Wesen heraus die Kirche neu zu bauen, oder ob sie einem ihrem Wesen fremden Einfluß unterlag, sah sich die F. B. veranlaßt, die Forderung einer umgehenden Ernennung des Reichsbischofs zu erheben. Dabei war zunächst die Frage nach der Person des neuen Reichsbischofs von der F. B. offen gelassen worden. Die Reichsbischofs-Frage war für die F. B. eine Frage von primär prinzipieller Bedeutung. Es ist bezeichnend, daß bei der sonstigen Zustimmung zu den Leitätzen der F. B. Pfarrer Schirmacher gerade an dieser Forderung einer sofortigen Ernennung des Reichsbischofs Anstoß nahm, da er fürchten mußte, daß auf diesem Wege die Pläne der Deutschen Christen in der Reichsbischofs-Frage vorzeitig durchkreuzt würden.

### 3. Die Kandidatur Müller steht fest.

Am 13. Mai vollzog sich eine Änderung in der Reichsleitung der Deutschen Christen, die durch Übernahme der Führung durch Wehrkreispfarrer Müller und stärkere Heranziehung von D. Weichert und Prof. D. Fejer eine Ausschaltung des Einflusses von Hossenfelder bezweckte. Im Anschluß an die Thesen des ostpreussischen Flügels der Deutschen Christen entstanden neue, von Prof. D. Fejer ausgearbeitete Richtlinien, die den Anstoß der ersten Richtlinien beseitigten und für die Loccumer Verhandlungen das Vertrauen zu den Deutschen Christen begründen sollten. Auch die F. B. war der Überzeugung, daß mit dem Sieg der gemäßigten Richtung bei den Deutschen Christen, der zweifellos durch das Auftreten der F. B. beschleunigt wurde, eine Kampfstellung gegen die neue Reichsleitung der Deutschen Christen nicht in Frage kam. Trotzdem haben die Verhandlungen der nächsten Tage die klare Bestätigung erbracht, daß die Forderung der F. B. nach sofortiger Ernennung des Reichsbischofs berechtigt und ein rasches Handeln der Kirchenleitung in der Reichsbischofs-Frage unbedingt geboten war. Eine Unterredung der Leitung der F. B. mit Prof. D. Fejer am 18. Mai ergab, daß auch für die neue Reichsleitung der Deutschen Christen als Reichsbischof kein anderer als Wehrkreispfarrer Müller in Frage kam. Eine Unterredung mit Lic. Vogelsang am 18. Mai abends erweiterte diese Auffassung durch die Feststellung, daß auch der ostpreussische, bisher als gemäßigter bekannte Flügel der Deutschen Christen allein Wehrkreispfarrer Müller als Reichsbischof forderte. Verschiedene Unterredungen mit Pastor Schirmacher bestätigten diese Lage. Der in diesen Unterredungen von seiten der F. B. inoffiziell genannte Name Friedrich von Bodelschwingh wurde zwar nicht als undiskutabel bezeichnet, aber doch klar zu erkennen gegeben, daß für die Deutschen Christen ein Festhalten an Müller als Reichsbischof außer Frage stand.

Auf einem Presseempfang der F. B. in Berlin am 19. Mai wurde offiziell von der Leitung der F. B. erklärt, daß sie zu der neuen Reichsleitung der

Deutschen Christen Vertrauen habe, daß sie zur Zusammenarbeit mit ihr bereit sei, allerdings erwarten müsse, daß der Klärungsprozeß sich bei den Deutschen Christen allseitig durchsetze. Zugleich wurde auf diesem Presseempfang die Lösung der Reichsbischofs-Frage dahingehend näher umschrieben, indem zum Ausdruck gebracht wurde: „Die Einsetzung des ersten Reichsbischofs kann weder auf demokratischem Wege durch Volkswahl noch durch Ernennung von seiten der staatlichen Obrigkeit erfolgen, sondern allein durch die Kirche selbst. . . Für die F. B. kommt als Reichsbischof nur ein Geistlicher in Frage, der das Vertrauen der betenden und arbeitenden Gemeinde besitzt. Wir denken an einen Mann wie Friedrich von Bodelschwingh.“ Damit war zum erstenmal in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß ein Mann wie Friedrich von Bodelschwingh als Reichsbischof in Frage kommen konnte, da sein Name eine möglichst starke kirchliche Einheitsfront in allen Teilen des Reiches aufzubringen imstande ist. Nachdem die Personalfrage von seiten der Deutschen Christen im Geheimen schon gelöst war, konnte von seiten der Kirchenleitung nur ein bekannter Name als Gegengewicht zu der Kandidatur von Wehrkreispfarrer Müller in Betracht kommen. Die Jungreformatorische Bewegung hat nicht voreilig den Namen „Bodelschwingh“ genannt und dadurch vorzeitig die Personalfrage in den Vordergrund gerückt, sondern nur in letzter Stunde die Antwort auf die schon feststehende Kandidatur „Müller“ gegeben. Die Nennung Bodelschwinghs ist nicht die Ursache des Kampfes um den Reichsbischof, sondern die Wirkung der schon vollzogenen Entscheidung der Deutschen Christen in der Personalfrage.

Eine Unterredung zwischen Wehrkreispfarrer Müller und der F. B. am 22. Mai hat die Bischofsfrage nicht berührt, dagegen hat Wehrkreispfarrer Müller erklärt, obwohl er über die Nominierung Friedrich von Bodelschwinghs durch die F. B. vorher orientiert war, daß er keineswegs der Meinung sei, daß alles „in den Topf der Deutschen Christen geworfen werden müßte“, sondern daß die F. B. als eine selbständige Größe neben den Deutschen Christen bestehen solle und er sich freue, wenn auf diese Weise die theologischen und missionarischen Kräfte der F. B. zum Einsatz gebracht werden würden. Im übrigen wandte er sich scharf gegen den noch bestehenden Einfluß Hoffenfelders, der nach seinem Urteil in kürzester Zeit überhaupt aufhören würde, da er selber nach seiner Rückkehr aus Loccum stärker die Leitung der Deutschen Christen in die Hand nehmen werde.

Obwohl die Deutschen Christen in ihrer Reichsleitung sich anschickten, eine Kursänderung zu vollziehen, war für sie die Reichsbischofs-Frage zugunsten Müllers in dieser Zeit schon längst gelöst. Der Plan der Deutschen Christen bestand darin, offiziell die Personalfrage hinauszuschieben, um Zeit für eine intensive Propaganda zugunsten Müllers zu gewinnen. Man glaubte um so leichter die Werbung für Müller vollziehen zu können, nachdem die neuen Richtlinien der Deutschen Christen auch in den Kreisen, die bisher abseits standen, Sympathie und Zutrauen erweckten. Für die Kirchenleitung war nach wie vor die prinzipielle Frage die gleiche — ob in dem sinnbildlichen Akt der Bestellung eines Reichsbischofs das Wesen der Kirche oder der Einfluß der politischen Konstellation zur Ausprägung kommen sollte. Nach wie vor kam es darauf an, die Personalfrage so rasch wie möglich zu lösen.

#### 4. Die Radikalisierung der Deutschen Christen.

Bald nach Herausgabe der neuen Richtlinien und der personellen Veränderung in der Reichsleitung, zeigte es sich, daß die neue Reichsleitung prak-

tisch einflußlos war und eine Reihe von Unternehmungen, die noch von Hoffensfelder eingeleitet war, nicht rückgängig machen konnte. So fanden am 19. Mai in Berlin Massenversammlungen der Deutschen Christen statt, an denen die bisherigen Führer der radikalen Richtung sprachen, u. a. Hoffensfelder, Kessel, Bierchwale, Freitag usw. Am 20. bz. 21. Mai wurden die alten Richtlinien mit der Unterschrift Hoffensfelders als Flugblatt verbreitet. Zugleich setzte in diesen Tagen ein starker Kampf gegen D. Weichert, den Vertreter der gemäßigten Richtung, ein. Zur Entscheidung kam es in der Nachtsitzung vom 23. auf 24. Mai der Führer und Gauleiter der Deutschen Christen. Ursprünglich war geplant, die Richtung Hoffensfelder in dieser Sitzung völlig auszuschalten. Tatsächlich endete die Sitzung mit dem eindeutigen Sieg Hoffensfelders, nachdem sich die große Mehrheit der Gauleiter hinter Hoffensfelder gestellt hat. Der Ansturm Hoffensfelders gegen die Absichten Müllers hatte nicht die Loslösung Müllers von der Reichsleitung der Deutschen Christen zur Folge, auch nicht das Ausscheiden von Prof. D. Fezer und anderer nahestehender Theologen, sondern führte zu einem erneuten Bündnis mit Hoffensfelder, aber derart, daß Hoffensfelder selbst wieder ausschließlich die Reichsleitung übernahm. Ein Rundschreiben Hoffensfelders weist darauf hin, daß die alten (ersten) Richtlinien nach wie vor in Kraft sind. Schon im Laufe des 23. Mai erfolgte in der Presse die Nominierung Müllers zum Reichsbischof durch den ostpreussischen Flügel der Deutschen Christen. Überdies hatte schon der stellvertretende Führer der ostpreussischen Deutschen Christen, Lic. Bogelsang, in einem Telegramm nach Loccum bereits einige Tage vorher die unbedingte Forderung nach Ernennung Müllers zum Reichsbischof erhoben. Ein Telefongespräch mit Prof. D. Beyer am 22. Mai vormittags bestätigte die Nachricht, daß Wehrkreispfarrer Müller in der Nachtsitzung vom 23./24. Mai zum Reichsbischof ausersehen war. Die bekannten ultimativen Forderungen der Deutschen Christen mit Nennung Müllers als Reichsbischof wurden dann am Mittwoch, den 24. Mai vormittags durch Hoffensfelder dem Präsidenten Dr. Kapler überbracht. Damit war offiziell und einwandfrei festgestellt, daß für die Deutschen Christen die Kandidatur des Wehrkreispfarrers Müller außer Diskussion stand. Auch Wehrkreispfarrer Müller hat auf telephonischen Anruf des Präsidenten Dr. Kapler hin die Tatsache seiner Nominierung auf der Führertagung der Deutschen Christen nicht in Abrede gestellt.

Durch diesen Vorgang der Radikalisierung der Deutschen Christen war die kirchenpolitische Lage vollkommen klar geworden. Die neuen Richtlinien der Deutschen Christen stellten eine verhängnisvolle theologische Lärnung dar. D. Weichert schied aus der Reichsleitung aus; Hoffensfelder hatte wieder die Führung. Damit war der dritte radikale Angriff der Deutschen Christen auf die Kirche im Gange. Die Frage, die am 3. April zum erstenmal an die Kirchenleitung gerichtet wurde, wurde am 24. Mai mit unerhörter Dringlichkeit erneut gestellt: Freie Entscheidung der verantwortlichen Kirchenführung nach rein kirchlichen Grundsätzen oder Kapitulation vor dem Ansturm des politisierten radikalen Flügels der Deutschen Christen und damit Preisgabe an kirchenfremde Faktoren. Diese allgemeine und grundsätzliche Frage faßte sich nunmehr brennpunktartig in der Reichsbischofs-Frage zusammen. Jedes Zögern in der Ernennung des Reichsbischofs führte zu dem von den Deutschen Christen gewünschten Zeitgewinn und damit zu einem Siege der Richtung Hoffensfelder und der Bestimmung des Wehrkreispfarrers Müller zum Reichsbischof.

## 5. Die Entscheidung.

Angeichts dieser Entwicklung der Lage konnte es in dieser Woche der Entscheidung (vom 22. bis 27. Mai) für die Jungreformatorische Bewegung keine andere Verpflichtung geben, als die verantwortlichen Kirchenführer und maßgebenden Persönlichkeiten aufzuklären, zu warnen und zu bitten, um so mehr, als immer wieder die Erfahrung gemacht werden mußte, daß außerhalb Berlins eine nicht geringe Unkenntnis über die entscheidenden Vorgänge im Lager der Deutschen Christen vorhanden war. So wurde von der Leitung der J. B. bei den Beratungen am 23. und 24. Mai, die überdies in dem Modus procedendi von Loccum vorgesehen waren, immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei der Entscheidung über die Person des Reichsbischofs in erster Linie um Prinzip und Wesen der Kirche handele, daß die Abwehr des politischen Drucks der Deutschen Christen gerade um des Staates willen nötig sei, da nur eine Kirche, die wirklich Kirche ist und dies in der Ernennung des Reichsbischofs zum Ausdruck bringt, allein befähigt sein kann zum Dienst an Volk und Staat. Das Eintreten für Bodelschwingh bedeute nach Auffassung der J. B. keineswegs eine Antithese zu der Person des Wehrkreis Pfarrers Müller. Für die J. B. war die Person Bodelschwinghs die Verkörperung des gegenwärtigen evangelisch-kirchlichen Anliegens, ohne deshalb die Bedeutung Müllers für den Neuaufbau der Kirche verkennen zu wollen. Daß der Einsatz der J. B. für Bodelschwingh nicht eine Kampfanzeige gegen Müller darstellt, wurde in einem Privatgespräch zwischen der Leitung der J. B. und dem Wehrkreis Pfarrer Müller am Freitag, den 26. Mai nachmittags zum Ausdruck gebracht und diese Stellungnahme der J. B. von Wehrkreis Pfarrer Müller verstanden und anerkannt. Entscheidend war es für die J. B., daß in der Ernennung Bodelschwinghs zum Reichsbischof der eigentliche Wille und das tiefste Wesen der lebendigen Gemeinde in aller Öffentlichkeit eindeutig dokumentiert wurde. Um der Gemeinde wie um ihrer theologischen Einsicht willen sah sich die J. B. verantwortlich, in diesem Sinne auch bei den Verhandlungen am 25., 26. und 27. Mai sich für Bodelschwingh als Reichsbischof einzusetzen.

Daß die Ursache des Kirchenkonfliktes in dem sich immer wiederholenden Angriff der Deutschen Christen und der schon seit Anfang Mai propagierten Kandidatur Müllers gegeben sind, muß als erwiesen gelten. Ein Verzicht in der Himmelfahrtswoche auf die Lösung der Personalfrage bedeutete für die Kirchenleitung einen verlorenen Krieg. Die Schlacht wäre in diesem Falle schon aussichtslos geworden, bevor man überhaupt den Kampf begonnen hatte. Weil die Personalfrage für die Deutschen Christen schon längst gelöst war, darum konnte nur ein energisches Handeln der Kirchenleitung in letzter Stunde die Eigenständigkeit der Kirche retten.

Die Aufgabe der J. B. war und bleibt: die Neugestaltung der Kirche aus dem Wesen der Kirche heraus. Aus dieser Zielbestimmung ergibt sich ihr geschlossenes Eintreten für Bodelschwingh als Reichsbischof.

Im Namen der Jungreformatorischen Bewegung: Lic. Dr. Kühneth.

---

Dieser Denkschrift wird in aller Kürze ein wöchentlich erscheinendes „Mitteilungsblatt der Jungreformatorischen Bewegung“ folgen, das zunächst Allen, die ihre Zustimmung zu dem Aufruf der Jungreformatorischen Bewegung erklärt haben, kostenlos zugesandt wird. Anschriftenänderungen oder Berichtigungen werden deshalb umgehend an die Versandstelle des Blattes: Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Postfach 77 erbeten. Spenden für die Versendung des Blattes auf Postcheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 103 53 Günther v. Starzinski, Berlin-Nikolassee (für Jungreformatorische Bewegung).

Die Geschäftsstelle der Jungreformatorischen Bewegung befindet sich Berlin-Dahlem, Kaiserswerther Straße 15 B.

# Kirche, Volk und Staat

Werke aus dem Verlage Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen

Rudolf Craemer

## Reformation als politische Macht

1933. 40 S. gr. 8°. Kart. 1,80 M.

Reformation ist etwas Dauerndes in der deutschen Geschichte und hat ihren tiefen Sinn als Wiedergeburt auch in der politischen Geschichte. Auf einen knappen und klaren Aufriss der reformatorischen Staatslehre folgt eine fesselnde Darstellung der Auswirkung dieser Staatslehre in der Geschichte der letzten 4 Jahrhunderte. In diesen Abschnitt hat der Verfasser viel neue eigene Forschung hineingearbeitet. Daran schließen sich die Folgerungen für die Gegenwart und sehr aktuelle Ausführungen über das notwendige Verhältnis von Staat, Volkstum und Kirche. Die Schrift ist ein Meisterstück scharfer und klarer Herausarbeitung des für die Gegenwart Wichtigen und hat bereits kürzlich als Vortrag auf der 2. evangelischen Akademikerkonferenz in Hannover größtes Aufsehen erregt.

Emanuel Hirsch

## Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert

1929. 72 S. gr. 8°. Kartoniert 2,70 M.

„Das ist eine ganz ausgezeichnete Schrift, gleich ausgezeichnet durch ihren klaren Blick für den Ernst der jetzigen Lage, durch Besinnung auf das Recht des Staates wie durch die Betonung der Grenze für die Kirche und der gerade damit gegebenen Möglichkeit, wie Pflicht, in ganz neuer Weise ihr eigentliches Wesen zur Geltung zu bringen.“  
(Kirchl. Zeitschrift 1930, 1.)

Max Hildebert Boehm

## Das eigenständige Volk

Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften.

1932. 389 S. gr. 8°. Kartoniert 12,50 M.; in Leinen gebunden 14,50 M.

„... trotz aller Einwendungen im einzelnen gewiß die bedeutendste Lehre vom Volk seit Herder.“ (Hanns Martin Elster in „Der Mittag“, Düsseldorf.)  
„Das vorliegende, überaus wertvolle und dringende Empfehlung verdienende Werk wird den Mitarbeitern der gesamten Deutschrumsarbeit daheim wie draußen, säkularer wie kirchlicher, evangelischer wie katholischer Art bald ganz unentbehrlich sein.“  
(„Die evangelische Diaspora“, 1932.)

Max Hildebert Boehm

## Der Bürger im Kreuzfeuer

1933. 109 S. 8°. Kartoniert mit Schutzumschlag 1,80 M.

„Boehms kleine Schrift gehört zum Besten, was von konservativer Seite über die geistige und soziale Lage der deutschen Gegenwart gesagt worden ist. Wortzünftig geschrieben, von einem starken inneren Schwung getragen, enthält die Schrift eine Auseinandersetzung mit dem Buch Ernst Jüngers über den „Arbeiter“, die dem mitlebenden Zeitgenossen auch ohne Kenntnis Jüngers verständlich ist und eine Reihe ungemein dankenswerter selbständiger Einsichten vermittelt.“  
(Balt. Monatshefte, 1933, 3.)

Johannes Hempel

## Altes Testament und völkische Frage

1932. 2. Auflage. 16 S. gr. 8°. 65 Pfg., Partiepreise.

„In der Fülle von Schriften über diese Frage steht dies Heft ganz oben.“  
(Niederdeutsche Kirchenzeitung, 1931, 18.)

---

## Ein Dokument zur Neubildung der Kirche

ist das sehr umfangreiche Mai/Juni-Heft der Monatschr. f. Pastoraltheol. "herausgegeben in Verbindung mit D. Dr. Fendt, Berlin, von Lic. Fried, Bethel.

Es enthält u. a.: Georg Merz: Kirche und Staat in der Gegenwart; Emanuel Hirsch: Die wirkliche Lage unserer Kirche; Paul Althaus: Unser Gott ist ein verzehrend Feuer. Eine politische Predigt; H. Kloppenburg: Christlicher Glaube und Massegedanke; Wilhelm Wischer: Zur Judenfrage; Alfred de Quervain: Schöpfung und Kirche; H. W. Schmidt: Das Gebot und die Ordnungen. / Die "Monatschrift für Pastoraltheologie" gehört heute unbestritten zu den anregendsten und lebendigsten theologischen Zeitschriften. Wer sie noch nicht kennt, oder den neuen Jahrgang kennen lernen möchte, bestelle sie für ein Vierteljahr zur Probe. Preis nur 2 RM. und 20 Pfg. Porto. Einzelheft 1,30 RM. und Porto.

Hermann Karwehl

**Deutschland für Christus.** Das Wort eines Frontkämpfers zur kommenden Kirche. 1933. 39 S. gr. 8°. Kart. 1 RM.

Kirche kann nicht allein von oben, sie muß von unten aus gebaut werden. Das Kriegererlebnis und die tiefe Verbundenheit mit der Heimat, ihrer Geschichte und ihren überlieferten Glauben, waren der persönliche Ausgangspunkt, das Hineingestelltwerden in eine unkirchliche Arbeitergemeinde der unmittelbare Anlaß für Karwehl nach einem Weg zu suchen, die tiefe Kluft zwischen Kirche und Volk zu überbrücken. Da begegnete er der in Westfalen erwachsenen Kampfbund-Bewegung, wurde von ihr zutiefst ergriffen und arbeitete in ihrem Sinne zunächst in seiner eigenen Gemeinde. Die erste hannoversche Weltanschauungswoche dort hatte einen unerwarteten Erfolg, der Einbruch in die Arbeiterschaft gelang und in den nächsten Jahren folgten bereits an sehr zahlreichen anderen Orten Hannovers weitere Wochen. Den Weg, den die Bewegung bislang genommen und ihre innersten Triebkräfte schildert sein Büchlein schlicht und anziehend.

Herbert Kraus

**Die Krise des zwischenstaatlichen Denkens**

Eine Bilanz. 1933. 64 S. gr. 8°. Kart. 2,80 RM.

Diese realpolitische Studie kann höchste Zeitgemäßheit besonders deshalb für sich beanspruchen, weil in ihr zum ersten Mal der Versuch gemacht ist, das nationalsozialistische Völkerrechtendenken mit zu berücksichtigen; auch nimmt sie dauernd Bezug auf neueste Ereignisse. Die Studie kann als eine Programmschrift und ein Wegweiser für das Verständnis dessen, was im zwischenstaatlichen Verkehr kommen wird und geleistet werden kann, betrachtet werden. Sie ist allgemeinverständlich geschrieben.

Hans Steubing

**Naturrecht u. natürl. Theologie im Protestantismus**

1932. 161 S. gr. 8°. Steif geheftet 7,50 RM.

"Die klar folgernde Arbeit stellt das Problem so scharf, daß Niemand künftig an ihr vorübergehen kann. Sie muß auch auf juristischer Seite Beachtung finden." (Theol. Literaturzeitung, 1933, 6.)

Franz Lau

**"Außerliche Ordnung" und "Weltlich Ding"**

in Luthers Theologie. 1933. 165 S. gr. 8°. Steif geheftet 7,50 RM.

"Die Fülle des Stoffes ist ganz außerordentlich. Das Buch kann Jedem, der die gegenwärtig sich ausdrängenden Fragen vom lutherischen Standpunkt aus verstehen und lösen will, angelegentlichst empfohlen werden."

(Evang. Kirchenblatt f. Schlesien, 1933, 9.)

---

Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen